

Ergebnis, das am Ende der Bund in der EU durchgesetzt hat.

Zwischendurch tun wir das, was wir tun können. Ich finde, auch darüber sollten wir sprechen.

Es wurde Wien angeführt. Das erinnert mich ein bisschen an die 80er-Jahre, als sich bis zu den kleinsten Gemeinden Orte zu atomwaffenfreien Zonen erklärt haben. Das kann man machen. Ob das wirklich hilft, stelle ich mal infrage. Am Ende muss man so etwas auch kontrollieren. Wenn aus ganz Europa, gerade in Wien aus Süd- und Osteuropa, Lkws ohne Abbiegeassistent in die Stadt fahren, bin ich mal gespannt, wie die Stadt Wien das administriert.

Nein, der richtige Weg ist, dass solche Fahrzeuge gar nicht mehr in den Verkehr kommen. Das hat eben den genannten Vorlauf. Passen tut mir das auch nicht. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass es schneller geht. Auch der Bund hat sich dafür eingesetzt, dass es schneller geht. Das Ergebnis ist nicht befriedigend, aber das ist nun einmal das Ergebnis.

Der Landesbetrieb Straßen.NRW – auf den haben wir unmittelbar Einfluss – hat begonnen, seine Flotten umzurüsten, seine Ausschreibung für Neufahrzeuge zu verändern und hat inzwischen – Kollege Reuter hat es dankenswerterweise schon erwähnt – zwei Drittel seiner Flotte umgerüstet. Das ist das, was wir tun können, dann aber auch tun müssen, und zwar da, wo wir selber Einfluss nehmen können, auch was Vertragspartner angeht.

Auf den großen Baustellen stehen reihenweise Lkws, Muldenkipper. Hier machen wir die Auftragnehmer darauf aufmerksam, machen denen Dampf und wirken darauf hin, dass auch sie Abbiegeassistenten auf unseren Baustellen haben. Auch das zeitigt Erfolg.

Die Kommunen ziehen nach, sind Sicherheitspartner geworden. Viele Kommunen auch in Nordrhein-Westfalen sind Sicherheitspartner bei der „Aktion Abbiegeassistent“ geworden und verpflichten sich damit, umzurüsten und bei Neubeschaffungen den Abbiegeassistenten schon heute einbauen zu lassen.

Nun zum rechtlichen Thema und zur Frage, ob man als Land vorweggehen kann nach dem Motto: Wenn doch schon Wien, warum dann nicht das große Land Nordrhein-Westfalen? – Ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung, haben unsere schlaunen Professoren immer gesagt. Art. 72 und 74 regeln gemeinsam, dass das Straßenverkehrsrecht konkurrierende Gesetzgebung ist, sodass wir nicht alleine vorwegmarschieren können. Sonst würden uns wahrscheinlich noch ein paar andere schicke Sachen einfallen, die aktuell diskutiert werden. Insofern ist rechtlich jedem, der guten Willens ist, ziemlich schnell klar, wer hier was tun kann.

Wir haben das getan, was wir tun konnten – gerne mehr, gerne schneller, in dieser Frage ganz unstrittig. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schliesse die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/10643** an den **Verkehrsausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann haben wir einstimmig diese Überweisungsempfehlung angenommen.

Ich rufe auf:

## **6 Teilhabe von Menschen mit Behinderungen neu und innovativ gestalten – Inklusion in Nordrhein-Westfalen weiter voranbringen!**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/10632

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/10736

Damit eröffne ich die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Hagemeier das Wort.

**Daniel Hagemeier** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht zur Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen und zum Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Nordrhein-Westfalen – kurz: Teilhabebericht NRW – ist dem zuständigen Fachausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales in der vergangenen Woche vorgestellt worden.

Der NRW-Koalition ist Teilhabe ein sehr wichtiges Anliegen. Durch unseren Antrag „Teilhabe von Menschen mit Behinderungen neu und innovativ gestalten – Inklusion in Nordrhein-Westfalen weiter voranbringen!“ geben wir diesem so wichtigen Thema hier im Plenum das größtmögliche parlamentarische Forum.

Hintergrund des Teilhabeberichtes ist aber auch, dass er zwar umfassende, auf empirische Daten basierende Analysen liefert, dieser Datenbericht aber nicht das Ziel verfolgt, fertige Antworten zur weiteren Ausgestaltung der Politik für Menschen mit Behinderungen zu geben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Wertschätzung und Verbesserung ist unsere Aufgabe. Wir stoßen also heute wieder eine Inklusionspolitische Grundsatzdebatte an, die sich unser Minister Karl-Josef Laumann mit dem Vorliegen seines über 300 Seiten starken Teilhabeberichts auch gewünscht hat.

Wir wollen es aber nicht nur bei einer Debatte belassen, sondern die Landesregierung konkret bitten, einen Aktionsplan neu zu entwickeln unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Diskussionen über den Teilhabebericht im zuständigen Fachausschuss.

Unsere Forderungen im Antrag sind unter anderem, den Teilhabebericht mit Verbänden und Organisationen der Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen im Inklusionsbeirat zu beraten.

In diesem Zusammenhang sind auch die Folgen der noch andauernden Coronakrise für Menschen mit Beeinträchtigungen zum Beispiel im Hinblick auf barrierefreie Kommunikation zu untersuchen, insbesondere natürlich für Lebenslagen und Themen, für die die Auswertung dringenden Verbesserungsbedarf mit Blick auf die Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen zeigt.

Im Vordergrund steht hier aus meiner Sicht die Teilhabe an Erwerbsarbeit, also mehr Menschen mit Beeinträchtigungen auf den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Wir werden uns Gedanken darüber machen müssen, welche Anreize die Politik für Arbeitgeber schaffen kann, einen Menschen mit Schwerbehinderungen einzustellen. Es braucht hier Anreize, und es braucht auch Akzeptanz, dass Menschen mit Behinderungen in die Mitte unserer Gesellschaft gehören.

Ich appelliere heute an die Mitglieder aller Fraktionen, diesen Prozess konstruktiv zu begleiten und daran mitzuarbeiten, die politischen Weichen dafür zu stellen. Wichtig ist, dass wir neue Wege finden, die wir einschlagen können, und nicht lediglich Bekanntes weiterführen.

In Nordrhein-Westfalen leben mehr als 3,6 Millionen Menschen mit einer Beeinträchtigung. Das bedeutet, dass mehr als jeder fünfte Mensch hier eine Behinderung oder eine chronische Erkrankung hat. Wir sprechen also nicht über eine kleine Randgruppe, sondern über einen wesentlichen Teil der Bevölkerung. Für jeden Menschen aus diesen 20 % unserer Bevölkerung können vielfältige Barrieren in Bezug auf die Möglichkeit zur selbstbestimmten Lebensführung bestehen. Diese Barrieren fallen je nach Art der Beeinträchtigung, den verfügbaren finanziellen Ressourcen und dem Unterstützungspotenzial aus dem sozialen Umfeld unterschiedlich aus.

Wir können schon aus diesen paar Worten das Fazit ziehen: Die Anforderungen sind so unterschiedlich wie die Menschen selbst, und einen Königsweg Inklusion wird es nicht geben.

Aber wir können gemeinsam und wir wollen das Leben dieser unterschiedlichsten Menschen weiter verbessern. Denn Inklusion ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe.

Die weitere Diskussion werden wir natürlich im zuständigen Fachausschuss führen und bitten daher, der Überweisung unseres Antrags zuzustimmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und Henning Höne [FDP])

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP spricht nun der Abgeordnete Lenzen.

**Stefan Lenzen (FDP):** Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! In diesem Sommer wurde der Teilhabebericht NRW vorgestellt. Er rückt die Lebenssituation von mehr als 3,67 Millionen Menschen mit Beeinträchtigungen in Nordrhein-Westfalen in den Mittelpunkt. Mit diesem Bericht haben wir eine gute Grundlage für politische Entscheidungen zugunsten von Menschen mit Behinderungen.

Ich denke, dass sich zumindest vier Fraktionen grundsätzlich im Ziel einig sind: Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung ihr Leben selbstbestimmt gestalten können und die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen erhalten.

(Beifall von der FDP)

In Nordrhein-Westfalen haben wir bei der Stärkung der Inklusion bereits einiges erreicht.

(Hans-Willi Körfges [SPD] stößt versehentlich eine der zum Schutz vor Corona installierten Acrylglaskabinen herunter. – Beifall von der CDU und der FDP – Josef Hovenjürgen [CDU]: Hätte ich auch gerne gemacht!)

– Ich hoffe, dem Kollegen geht es gut.

Der Teilhabebericht zeigt deutlich, dass sich in den letzten Jahren in vielen Lebensbereichen positive Veränderungen ergeben haben. Er veranschaulicht aber ebenso die noch zu meistern den Herausforderungen.

Die NRW-Koalition von FDP und CDU steht für eine realistische Inklusionspolitik. Dies bedeutet, dass wir keinen radikalen Wandel brauchen. Wir wollen keine Umsetzung wie bei der schulischen Inklusion, die von Rot-Grün völlig an der Lebenswirklichkeit vorbei geplant wurde und die ohne ausreichende personelle und finanzielle Unterstützung der Schulen zu Chaos geführt hat.

Stattdessen setzen wir darauf, dass anerkannte, bewährte und verlässliche Strukturen erhalten bleiben und gleichzeitig Neues entstehen kann. Das ist auch

unser Weg bei der qualitätsorientierten Umsetzung des gemeinsamen Lernens von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung.

Der Teilhabebericht zeigt auch, dass die Entwicklung der Teilhabe nicht in allen Lebensbereichen einheitlich verläuft. Insofern liefert der Bericht Ansatzpunkte für weitere Anstrengungen, um die Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen weiter zu verbessern.

Ich möchte ein besonderes Augenmerk auf das Thema „Teilhabe am Erwerbsleben“ legen. Im Jahr 2017 waren in Nordrhein-Westfalen 7 % der Menschen ohne Beeinträchtigung arbeitslos. Bei Menschen mit Beeinträchtigungen lag der Anteil mit 12 % deutlich höher. Vor allem die Anzahl der langzeitarbeitslosen Menschen mit Schwerbehinderung ist stark angestiegen, ebenso wie die durchschnittliche Dauer ihrer Arbeitslosigkeit.

Zur Stärkung der Teilhabe an Arbeit setzen wir auf innovative, praktikable und betriebsnahe Lösungen. Wir wollen das Budget für Arbeit verstärkt nutzen. Für uns haben Kooperationen zwischen Werkstätten und Betrieben des ersten Arbeitsmarkts Modellcharakter, und wir wollen die Werkstätten weiterentwickeln. Angesichts der COVID-19-Pandemie haben wir die erfolgreiche Arbeit der Inklusionsbetriebe abgesichert, und wir sehen auch in der Digitalisierung Chancen für mehr Teilhabe.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Partizipation. Im Jahr 2015 waren in Nordrhein-Westfalen noch 22.471 Menschen vom allgemeinen Wahlrecht ausgeschlossen. Der Ausschluss von Wahlen wurde auf Initiative dieses Hauses im Jahre 2016 aufgehoben, sodass Menschen unter rechtlicher Betreuung bei den Landtagswahlen 2017 erstmals wählen durften. Damit waren wir Vorreiter für den Bund.

Wir unterstützen Teilhabe auch praktisch – beispielsweise bei den aktuell anstehenden Kommunalwahlen mit spezifischen Wahlschablonen für blinde und sehbehinderte Menschen.

Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns zusammen mit den Verbänden und Selbstorganisationen einen neuen Aktionsplan erstellen. Lassen Sie uns dabei weiter an einer realistischen Inklusionspolitik arbeiten, die den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht wird. Inklusion muss sich stets am Menschen orientieren.

In diesem Sinne freue ich mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und Daniel Hagemeier [CDU])

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der SPD hat der Abgeordnete Herr Neumann das Wort.

**Josef Neumann (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Teilhabebericht der Landesregierung zur Situation der Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen bringt viel Licht, aber er bringt auch viel Schatten.

Inklusionspolitik ist kein Kurzlauf, sondern ein Marathonlauf. Der Marathon wurde eingeleitet durch den Aktionsplan der rot-grünen Landesregierung unter dem Motto „NRW inklusiv“. Es war ein starker und großer Aktionsplan, um letztendlich die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention voranzubringen.

Bei der Inklusionspolitik geht es nicht so sehr um die Frage von Realismus, Kollege Lenzen, sondern es geht um die Frage, wie wir die nicht nur in der Verfassung, sondern insbesondere in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschriebenen Rechte umsetzen. Das ist der Maßstab, mit dem wir es zu tun haben.

Dazu zeigt der Teilhabebericht für Nordrhein-Westfalen durchaus sehr viele Fortschritte auf. Wir müssen aber gleichzeitig feststellen, dass wir noch viel zu tun haben.

So schön es ist, dass am 13. September alle Menschen mit Behinderung wählen können, so schlecht ist es, dass wir nach wie vor feststellen müssen, dass ein Großteil der Wahllokale noch immer nicht barrierefrei ist. Im Gegenteil: Häufig erleben wir diesbezüglich sogar Rückschritte.

Die Frage der Partizipation, die Frage des Arbeitsmarkts, die Frage der Bildung haben meine Vorredner teilweise schon angesprochen.

Dass der Inklusionsansatz an den nordrhein-westfälischen Gymnasien fast bei null liegt, kann man nicht als großen Erfolg der bisherigen NRW-Inklusionspolitik und der eingeschlagenen Wege bezeichnen.

Herr Lenzen, das ist genau der Realismus, den wir nicht haben wollen. Denn Realismus bedeutet, sich nicht hinter jeder Hürde, die sich bei der Inklusion in den Weg stellt, zu verstecken und wegzuducken, sondern das Ziel besteht darin, diese Hürde zu überspringen und neue Maßstäbe zu setzen. Das muss der Maßstab von Inklusionspolitik sein.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

„Nicht ohne uns über uns“ – dieser Ansatz der Menschen, die sich seit Jahren in der Bewegung für die Rechte der Menschen mit Behinderung engagieren, muss auch für die zukünftige Planung einer neuen Politik für Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen gelten.

„Nicht ohne über uns“ muss heißen: eine massive Einbindung der Betroffenen vorzunehmen, die Betroffenen zu Beteiligten zu machen und gemeinsam mit ihren Verbänden und Institutionen an den neuen Ideen für die Inklusionspolitik und ihre Umsetzung in Nordrhein-Westfalen zu arbeiten.

Unabhängig von der Frage, wie weit wir im Ausschuss schon in den Beratungen sind oder sein werden, hoffe ich, Herr Minister – denn das ist wichtig –, dass das Ministerium schon jetzt aktiv ist, die Akteure an einen Tisch und das Ganze nach vorne bringt.

Ich bin nämlich der Meinung, dass wir auf unterschiedlichsten Ebenen in Bezug auf die zukünftige Arbeit gemeinsam etwas auf den Weg bringen müssen, das wiederum eine Nachhaltigkeit nach sich zieht, sodass wir am Ende des nächsten Teilhabeberichtes sagen können: Ja, es hat die nächsten großen Schritte gegeben.

Das heißt: Lassen Sie uns gemeinsam jetzt nicht Zeit verlieren, sondern sehr genau analysieren, wo der Teilhabebericht Schatten aufzeigt. Wie können wir diesen Schatten beseitigen? Indem wir Maßnahmen einleiten – sei es per Verordnungen oder Gesetze oder durch Kampagnen –, um die UN-BRK in Nordrhein-Westfalen weiter zu manifestieren.

Das haben wir in den letzten Jahren meines Erachtens gemeinsam gut geschafft, indem wir diese Gemeinsamkeit in der Teilhabepolitik für Menschen mit Behinderung auf sehr breiten Schultern getragen haben. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden das hier gemeinsam mit allen, die willens sind, weiterhin tun und die Sache unterstützen.

Ich denke, dass wir es gemeinsam tun können, wenn wir anerkennen, dass die UN-BRK der Maßstab ist, der für uns alle gemeinsam hier in Nordrhein-Westfalen gilt.

Dieser Marathon muss also weitergehen. Wir müssen schonungslos auflisten, wo es massive Probleme gibt. Diese müssen wir gemeinsam angehen. Das Ministerium ist sicherlich schon dabei, die Schritte dazu einzuleiten. Diese werden wir parlamentarisch begleiten.

Zum Schluss sage ich noch einmal: „Nicht ohne uns über uns.“ Machen Sie die Betroffenen zu Beteiligten. Nehmen Sie sie in diesem Prozess mit. Nur so werden wir es gemeinsam schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Neumann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

**Mehrdad Mostofizadeh<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich war etwas

überrascht, als ich diese Anträge auf der Tagesordnung für das Plenum gesehen habe, weil wir Grünen der Auffassung waren, dass der Teilhabebericht erst einmal ausführlich in den Ausschüssen diskutiert werden sollt, denn immerhin – der Kollege Neumann hat darauf hingewiesen – umfasst der Bericht 300 Seiten. Das gilt aber nicht nur wegen der Stärke des Berichtes, sondern auch, weil einiges an dem Bericht noch auszuwerten ist.

Deswegen danke ich den Kolleginnen und Kollegen dafür, dass es da eine Kehrtwende gegeben hat, wir die Anträge jetzt in die Ausschüsse überweisen und sie zum Anlass nehmen können, uns dem Bericht etwas intensiver zuzuwenden. Wir haben das für die nächste Ausschusssitzung beantragt.

Einige Worte zum Bericht selbst: Im Bericht wird ausgeführt, dass es in einigen doch durchaus interessanten, wichtigen und wesentlichen Bereichen der Lebenswelt der Menschen mit Behinderungen in Bezug auf die Datenlage einen erheblichen Nachholbedarf gibt. Mit Blick auf die Barrierefreiheit in Schulen, das Lebensumfeld, die Kultureinrichtungen müsste noch einiges erhoben und ausgeführt werden.

Ein ganz wichtiger Aspekt, der noch nicht angesprochen worden ist, ist das Thema der Gewalterfahrungen von Menschen mit Behinderungen – insbesondere in Einrichtungen, aber auch im häuslichen Umfeld. Auch dort sind die Zahlen leider negativ beeindruckend. Das ist nicht ganz neu, aber es ist eine Situation, mit der wir uns intensiv auseinandersetzen sollten.

Wichtig wäre mir auch – ein Brückenschlag zurück zum häuslichen Bereich bzw. zum Lebensumfeld der Menschen mit Behinderungen – das Feld der Mobilität und der Mobilitätsbedürfnisse von Menschen mit Behinderungen.

Wir haben es schon bei der Landesbauordnung und in vielen anderen Zusammenhängen kritisiert, diskutiert und vorgetragen: Eine Stadtentwicklungspolitik bzw. eine Politik für die Menschen in diesem Lande unter Ausklammerung einer ganz wesentlichen Gruppe der Menschen kann eigentlich nicht funktionieren.

Wenn wir die Bedarfe dieser Personengruppe nicht ausführlich diskutieren, analysieren und Schlüsse daraus ziehen, machen wir ein Stückwerk, weil wir dann auch in einer älter werdenden Gesellschaft einen ganz wesentlichen Teil der Menschen in diesem Lande ein Stück weit ausklammern.

Herr Kollege Lenzen, ein Aspekt ärgert mich. Wenn Sie anhand dieses Berichtes zur Inklusion, der ja in Bezug auf das Thema „Bildung“ eine relativ klare Sprache spricht – nämlich, dass Inklusion im Wesentlichen an den Grund- und Gesamtschulen stattfindet und die Zahlen ansonsten bis hin zum Gymnasium in verschwindend geringe Bereiche heruntergehen –,

eine schulpolitische Debatte aufziehen, die eigentlich vier oder fünf Jahre zurückliegt – damals haben Sie in Bezug auf die Verstärkung dieser Inklusion, dieses Zusammenlebens von Schülerinnen und Schülern schon wesentliche Fehlentscheidungen dahin gehend getroffen, alte Strukturen wie Kleinstförderschulen per Kampf aufrechtzuerhalten, infolge derer Lehrerinnen und Lehrer sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen von den Gesamtschulen aus bestehenden Strukturen zurückgeholt worden sind –, dann finde ich das schon einigermaßen abenteuerlich.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Herr Minister, ich mache aber einen positiven Aufruf: Wir haben meiner Meinung nach mit diesem Bericht die Chance, uns noch intensiver mit diesem Thema zu beschäftigen.

Ich unterstreiche ausdrücklich das, was die Kollegen von der CDU bzw. der FDP in Bezug auf die Erwerbsarbeit gesagt haben.

Wir müssen uns aber ganz intensiv mit dem Lebensfeld der Menschen auseinandersetzen. Deswegen unterstreiche ich sehr ausdrücklich das, was Kollege Neumann gesagt hat.

Wir können nur mit den Betroffenen, mit den Menschen und vor allem auch mit den Fachleuten diskutieren – das ist also keine Betroffenheitsrhetorik –, was zu analysieren ist, was noch fehlt und was noch draufzusatteln ist.

Eines muss doch klar sein: Das größte Bundesland mit einer so starken pflegerischen und sonstigen Infrastruktur – da haben wir ja Vorbildcharakter – muss in der Lebenswelt der Menschen von der Geburt, den Krankenhäusern und der Kita über die Schule bis zum lebenslangen Lernen und zur Stadtentwicklungspolitik eine umfassende Antwort darauf geben, wie wir das Leben der Menschen, und zwar aller Menschen, in diesem Bundesland verbessern und systematisch ausbauen können.

Deswegen freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss und kündige schon an, dass wir innerhalb der Anhörung auch in Teilbereichen genau über diese Aspekte diskutieren wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die AfD-Fraktion spricht Frau Kollegin Dworeck-Danielowski.

**Iris Dworeck-Danielowski<sup>\*)</sup> (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 21. Juli hat Minister Laumann den Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales den kompletten Teilhabebericht zur Verfügung gestellt. Beraten wurde der Bericht bisher noch nicht.

Die Kollegen – Herr Mostofizadeh hat es gerade schon erwähnt – von Bündnis 90/Die Grünen werden in der kommenden Sitzung eine Anhörung zum Bericht beantragen. Wir können also davon ausgehen, dass wir uns als Parlamentarier erst in einigen Monaten ein umfassendes Bild über den Inhalt des Berichtes machen können. Wie beurteilen die unterschiedlichen Experten, die Betroffenen und die Verbände den Istzustand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Land Nordrhein-Westfalen? Das ist ja letzten Endes die spannende Frage.

So lange wollen die regierungstragenden Fraktionen anscheinend nicht warten. Dieser Antrag ist folglich an Banalität kaum zu überbieten, und das ist schade. Sie geben im Antrag vor, dem grundsätzlichen Anliegen, nämlich die Lebenssituation von behinderten und beeinträchtigten Menschen zu verbessern, Nachdruck verleihen zu wollen. Da der Antrag aber recht inhaltsleer daherkommt und eine Binse der nächsten folgt, passiert genau das Gegenteil.

Natürlich begrüßt das Parlament die Veröffentlichung des Berichtes, und ein Bericht ist immer eine gute Diskussionsgrundlage. Aber diese Allgemeinplätze ernsthaft im Plenum zur Debatte zu stellen, ist schon etwas peinlich.

Die Beratung im Ausschuss steht ohnehin noch aus. Sie wird auch sicher spannend; denn in vielen Punkten weist der Bericht große Lücken auf.

Nehmen wir als Beispiel das Thema „barrierefreies Wohnen“ bzw. „freie Wahl des Wohnorts“. Kaum etwas ist so relevant für das Wohlbefinden wie das eigene Zuhause und die Autonomie. Aber gerade zu diesem Punkt räumen Sie im Bericht ein, dass zum aktuellen Stand der Barrierefreiheit im Wohnungsbestand keine Daten vorliegen, ebenso nicht zum Bedarf.

Wenn man dann im eigenen nächsten Umfeld mitbekommt, was es bedeutet, wenn man plötzlich auf den Rollstuhl angewiesen ist und in keiner barrierefreien Wohnung lebt, dann ist man doch überrascht. Man ist überrascht, dass in einer Zeit, in der Inklusion in aller Munde ist, ein gehbehinderter Mensch heute noch monatelang in seiner Wohnung quasi eingesperrt leben muss, weil barrierefreies Wohnen Glückssache ist und sich niemand, weder die Sozialversicherung noch der Vermieter, zuständig fühlt.

Wir sprechen im Zusammenhang mit Inklusion häufig über den zehnten Schritt, bevor wir die ersten Schritte überhaupt im Ansatz vollzogen haben. Es gibt viel zu tun; keine Frage.

Eine weitere Forderung, die im Kern in der Tat eine wichtige Frage aufwirft, betrifft die Folgen der Coronakrise für Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen. Aber auch hier versäumen Sie, den Finger in die Wunde zu legen.

Ich erinnere mich noch gut an einen O-Ton im WDR. Nach acht Wochen Lockdown – oder wie auch immer wir die Zeit der massivsten Einschränkungen nennen mögen – hat dort eine Mutter mit tränenerstickter Stimme davon berichtet, dass sie endlich ihre eigene Tochter wieder besuchen darf, die in einer Einrichtung für geistig behinderte Kinder wohnt.

Das wäre in der Tat ein Thema für eine eigene Debatte: Wie geht es Menschen mit den Einschränkungen in Altenpflege- und Behindertenwohnheimen?

Es bricht einem das Herz, zuzusehen, wie eigene alte Angehörige kontinuierlich abbauen und Fähigkeiten verlieren, weil ihnen die regelmäßigen Gruppenangebote in den Heimen fehlen, weil die Isolation, im eigenen Zimmer alleine Mahlzeiten vor dem Fernseher einzunehmen, ihnen die letzte Lebenslust nimmt.

Aber das meinen Sie gar nicht. Sie verwässern das Thema und beziehen sich in diesem Zusammenhang ernsthaft auf barrierefreie Kommunikation.

Ihr Antrag ist banal und technokratisch.

Der Zeitpunkt Ihrer Antragstellung ist für uns verfrüht und nicht nachvollziehbar. Erfreulicherweise haben Sie sich ja noch zu einer Überweisung hinreißen lassen. Die direkte Abstimmung fällt somit aus.

Der Beratung des Teilhabeberichts sehen wir unabhängig davon mit großem Interesse entgegen und freuen uns darauf, das im Ausschuss zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Dworeck-Danielowski. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Laumann.

**Karl-Josef Laumann**\*, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, unser gemeinsames Ziel ist es, dass Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des Lebens selbstverständlich gleichberechtigt beteiligt sind und beteiligt werden. Wir wollen uns doch alle weiterhin für eine umfassende Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen einsetzen, um ein möglichst inklusives Nordrhein-Westfalen zu schaffen.

Der von externen Wissenschaftlern erstellte Teilhabebericht ist dafür aus meiner Sicht eine gute Grundlage. Denn man muss die Lebenslagen der Menschen mit Behinderungen im Land kennen, um eine gute Inklusionspolitik zu machen.

Der Teilhabebericht zeigt, wo schon viel erreicht wurde; und da ist in den letzten Dekaden viel erreicht worden. Aber er zeigt natürlich auch auf, wo wir noch Schwachstellen haben. An vielen Stellen kann man

heute sagen, dass bei uns in Nordrhein-Westfalen in unserer Gesellschaft Inklusion gelingt. Es gibt aber auch andere Bereiche, in denen wir noch Anstrengungen unternehmen müssen und auch das Angebot ausbauen müssen. Diese Hinweise nehmen wir ernst. Wir werden versuchen, gemeinsam daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen.

An dieser Stelle ist mir eine Sache sehr wichtig, auch aus der Erfahrung heraus, die ich in vielen Jahren gewonnen habe: Es macht in diesem Bereich der Politik großen Sinn, möglichst viele Gemeinsamkeiten unter den demokratischen Fraktionen zu suchen. Es macht aber auch viel Sinn, möglichst viele Betroffene mit in die Entscheidungen einzubeziehen.

Aber eines möchte ich auch sagen – das wird im Bericht auch deutlich –: Die Inklusionspolitik, die in Nordrhein-Westfalen gemacht worden ist und zurzeit gemacht wird, muss sich nicht verstecken. Bereits jetzt werden von der Landesregierung mehr als 90 wesentliche Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen durchgeführt.

Ich will Ihnen einige Beispiele nennen. Ziel der Landesregierung ist, bei Neueinstellungen 5 % der Stellen mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen. Das ist ein konkreter Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen, als Arbeitgeber ein gutes Beispiel dafür zu geben, dass behinderte Menschen bei Einstellungen besonders zu berücksichtigen sind.

Es gibt in der Landesregierung Ministerien – zum Beispiel das MAGS –, in denen mittlerweile 15 % der Beschäftigten Schwerbehinderte sind. Aber auch im Ganzen liegt die Beschäftigungsquote innerhalb der Landesverwaltung mit 6,3 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Unser Landesprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ leistet einen bedeutenden Beitrag dazu, dass in den Betrieben seit dem Jahr 2010 ein Anstieg der schwerbehinderten Auszubildenden um 30 % gelungen ist.

Im Rahmen des sogenannten Nordrhein-Westfalen-Budgets für Arbeit hat es seit 2008 über 2.600 Wechsel von Werkstätten in eine reguläre Ausbildung und Beschäftigung gegeben.

Das Förderprogramm „Inklusionsscheck NRW“ will die vielfältigen Ansätze überall im Land aufgreifen und stärken, wo Menschen mit und ohne Behinderung ganz selbstverständlich miteinander leben. In diesem Bereich haben wir seit Ende Juli bereits über 200 Förderanträge vorliegen.

In Nordrhein-Westfalen lag die Quote der Menschen mit Behinderungen, die in einer eigenen Häuslichkeit leben, 2018 bei über 60 %. Bundesweit ist das ein Spitzenwert unter den Flächenländern.

Die Umsetzung der Inklusion in den Regionen wird durch sechs Kompetenzzentren „Selbstbestimmt Leben“ in NRW gefördert.

Mit dem Projekt „Politische Partizipation Passgenau!“ der LAG Selbsthilfe wird die politische Beteiligung von Menschen mit Behinderungen in den Kommunen verbessert. Denn wenn Menschen mit Behinderungen ihre Stadt aktiv mitgestalten, werden ihre Bedürfnisse bei der Planung auch besser beachtet.

Klar ist aber auch, dass wir uns weiter anstrengen müssen. Die Bündelung von Kompetenzen und Maßnahmen in einem neuen Aktionsplan wird das Thema „Inklusion“ weiter stärken und die Aktivitäten der Landesregierung noch sichtbarer machen. Der Aktionsplan soll Priorität bei der Inklusionspolitik setzen und Inklusionsimpulse der Ressorts verknüpfen.

Da Inklusion eine Querschnittsaufgabe ist, werden alle Ressorts daran mitarbeiten. Selbstverständlich werden der Inklusionsbeirat, die Landesbehindertenbeauftragte und die Betroffenen mit eingebunden. Das Deutsche Institut für Menschenrechte wird der Landesregierung bei dieser Frage beratend zur Seite stehen.

Wir wollen die Inklusionspolitik in Nordrhein-Westfalen weiter voranbringen. Die Inklusion ist ein Prozess, an dem immer weiter gearbeitet werden muss. Die Umsetzung gleichberechtigter Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verlangt Ausdauer. Für die betroffenen Menschen ist das oft schwer auszuhalten. Deshalb ist es wichtig, dass sie in die Entscheidungen gut eingebunden sind und wir die Entscheidungen alle gemeinsam tragen.

In Nordrhein-Westfalen ziehen wir bei der Inklusionspolitik in vielen Bereichen über die Fraktionsgrenzen hinweg an einem Strang. Dies ist eine gute Tradition, die ich sehr gerne weiter fortsetzen würde. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 6.

Wir kommen zur Abstimmung. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen – das wurde in der Debatte mehrfach erwähnt – haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, diesen Antrag zu überweisen. Die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/10632** erfolgt gemäß der Verabredung an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung stattfinden. Der **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 17/10736** wird entsprechend **mit überwiesen**. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Gibt es

Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

## 7 Stadt und Land: Hand in Hand – Kommunen nicht gegen die Wand fahren

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/10638

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/10735

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Körfges das Wort.

**Hans-Willi Körfges** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe meine Rede eben relativ lautstark angekündigt, indem ich die pandemiebedingten Kunststoffabdeckungen ein wenig tangiert habe. Nun will ich aber gleich auf ernsthaftere Probleme zu sprechen kommen, nämlich auf die Probleme, die unsere Kommunen im Land mit der Bewältigung der pandemiebedingten Belastungen haben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in vielen Kommunen ist es in der jüngeren Vergangenheit mithilfe des Landes und vor allen Dingen aus eigener Kraft gelungen, ein gutes Stück Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Dazu hat sicherlich der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ maßgeblich beigetragen. Inzwischen ist es, glaube ich, hier im Haus Allgemeingut, dass das ein wichtiger Schritt war.

Lange bevor die Coronapandemie sehr dramatisch ausgebrochen ist und Einfluss auf kommunale Handlungsmöglichkeiten genommen hat, war uns hier im Hause ein Punkt bewusst. Da gab es auch keinen großen Dissens. Ich kann mich erinnern, dass ich seinerzeit mit dem jetzigen Fraktionsvorsitzenden der CDU als kommunalpolitischem Sprecher – Herr Minister Laumann war damals Fraktionsvorsitzender – über einen Antrag gesprochen habe, der die Entlastung der Kommunen zum Inhalt hatte. Das ist schon relativ lange her. Aber wir waren bereits damals übereinstimmend der Ansicht, dass die Alt-schuldenproblematik wie ein Damoklesschwert über den kommunalen Haushalten schwebt.

Ich räume ein, dass das in der jüngeren Vergangenheit durch gute Konjunkturdaten ein wenig kaschiert worden ist. Die grundsätzliche Problematik hat sich aber nicht verändert. Deshalb hätte es auch ohne die Coronapandemie und ihre dramatischen Folgen